



## **Gemeinsame Erklärung**

**Gemeinsame Erklärung der Rektorenkonferenzen von Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften, der Dualen Hochschule Baden-Württemberg und der Arbeitgeber Baden-Württemberg anlässlich der Auftaktverhandlungen zum Solidarpakt III für die Hochschulen in Baden-Württemberg.**

**Arbeitgeber und Hochschulen sind sich einig: Unser Land verfügt über eine ausgezeichnete und ausdifferenzierte Hochschullandschaft. Beides ist notwendig, um den Nachwuchs an Fach- und Führungskräften zu sichern und Innovationen weiter zu ermöglichen. Die Partner sorgen sich nun um die dauerhafte Finanzierung der Hochschulen im Land. Die Schuldenbremse wird von den Unterzeichnern unterstützt. Sie darf aber die Finanzierungsgrundlage der Hochschulen nicht gefährden. Wir fordern daher grundlegende strukturelle Reformen der Hochschulfinanzierung:**

### **Kurzfristig:**

- **Die Finanzierung der Hochschulen durch befristete Sonderprogramme hat teilweise bereits rd. 50 Prozent der Gesamtfinanzierung erreicht. Das ist ein gefährliches Verhältnis und die Programmlinien müssen zugunsten einer verlässlichen Grundfinanzierung dringend verstetigt werden.**
- **Die Hochschulen benötigen dringend einen Inflationsausgleich bei den Sach- und Investitionsausgaben. Dieser wurde seit 1998 nicht mehr vorgenommen, was die Hochschulen im nationalen und internationalen Wettbewerb erheblich schwächt.**
- **Die Kompensationsmittel für Studiengebühren müssen für die Hochschulen gesichert werden.**
- **Für die Hochschulen muss die Bildung von Rücklagen und Rückstellungen im Sinne einer sorgfältigen und vorausschauenden Haushaltsplanung diskriminierungsfrei möglich sein.**

**Mittelfristig:**

- Die Grundfinanzierung muss in Anerkennung der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Leistungen der Hochschulen in Forschung und Lehre weiterentwickelt werden.
- Eine Beteiligung des Bundes an den gesamten Ausgaben für die Hochschulen ist notwendig. Die Landesregierung sollte sich daher für die Verhandlung eines entsprechenden Staatsvertrages einsetzen.

**Langfristig:**

- Eine Beteiligung der Studierenden an den Kosten des Studiums wird notwendig sein, um ein stimmiges Gesamtkonzept der Hochschulfinanzierung zu entwickeln.

**Stuttgart, 11. Oktober 2013**